



VÖZ VERBAND ÖSTERREICHISCHER ZEITUNGEN
GESCHÄFTSFÜHRUNG

An das
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
Ballhausplatz 1
1010 Wien
per Mail v4@bka.gv.at

Wien, 16. Juni 2008

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Privatfernsehgesetz
und das Privatradiogesetz geändert werden
GZ BKA-601.135/0026-V/4/2008**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit, zu dem o.a. Entwurf Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich begrüßen wir die vorgeschlagenen gesetzlichen Maßnahmen, die die Werbeauflagen für den Privatrundfunk in Teilaspekten an die europäischen Vorgaben der Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie anpassen und damit einen Beitrag für verbesserte Rahmenbedingungen für den privaten Rundfunk in Österreich leisten können.

Die Novelle greift allerdings nur einige wenige Punkte der Richtlinienanpassung heraus; so ist etwa die Frage der Umsetzung des Art. 3g zur Produktplatzierung im Entwurf nicht angesprochen. Erforderlich wäre daher auch eine baldige Umsetzung der Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie im ORF-Gesetz.

Wir regen daher an, die Umsetzung der gesamten Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie möglichst bald und in umfassender Weise sowohl für den ORF als auch den Privatrundfunk in Angriff zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen


Mag. Gerald Grünberger
Verbandsgeschäftsführer